

Protokoll Runder Tisch Migration 05.02.2024

Für nächste Sitzung vorbereiten:

- Namensschilder
- Teilnehmerliste mit Institution und E-Mailadresse
- Vorstellungsrunde
- Verteiler aktualisieren

TOP 1 - Anmerkungen und Anregungen aus der letzten Sitzung

TOP 2 – mobiCard (Café Zuflucht)

Es wird berichtet, dass die Nutzung der mobiCard durch Menschen mit Migrationshintergrund ohne Deutschkenntnisse bei einigen Busfahrern zu Problemen führe. Insbesondere sei eine bestimmte Busstrecke von Clenze aus betroffen. Hier sei es trotz schriftlicher, deutschsprachiger Anweisungen an den Fahrer nicht möglich, entsprechend rabattierte Karten zu kaufen. Die LSE und auch der FD 60 hatte bereits Kenntnis von diesen Fällen und erstattete falsch ausgestellte Karten. Die Busfahrer wurden und sollen auch weiterhin geschult werden.

TOP 3 – Aufenthaltstitel (Netzwerk Asyl)

Es wird die Frage gestellt, ob im Zuge der Verlängerung der Aufenthaltstitel für geflohene Ukrainerinnen und Ukrainer deren Karten erneuert würden. Auf den Karten sei noch das alte Ablaufdatum des Aufenthaltstitels aufgedruckt. Weisen sich Betroffene damit aus, erwecke dies den Eindruck, als sei der Aufenthaltstitel abgelaufen – obwohl er im Rahmen UkraineAufenthFGV bis zum 4. März 2025 verlängert wurde. Problematisch sei dies insbesondere, da Arbeitgeber mit den Betroffenen teilweise keine Arbeitsverträge abschließen möchten. Dies sei auch deswegen problematisch, da das Jobcenter mit dem Programm „Job-Turbo“ Ukrainerinnen und Ukrainer vermehrt in die Pflicht nimmt. Auch ein potentieller Kontakt zur Polizei könnte mit einem Titel der abgelaufen aussähe Konfliktpotential bieten.

Herr Kunitz erwidert darauf, dass es keine neuen Karten geben wird und alle Institutionen und Behörden vollumfänglich über die Verordnung informiert seien und die Verlängerung der Aufenthaltstitel über die Presse an die Öffentlichkeit kommuniziert wurden. Herr Schermuly sagt zu, zu prüfen, welche weiteren Möglichkeiten es gäbe, wie andere Kommunen mit der Situation umgehen und ob es möglich sei, erneut Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

TOP 4 – Ambulante Betreuung/Versorgung (Migrationsberatung Bleiben)

Die Migrationsberatung Bleiben erkundigt sich nach einer sozialen Betreuung für die Asylsuchenden. Frau Ehrhardt erwähnt, dass eine soziale Betreuung durch den ASB geplant sei. Die konkrete Ausgestaltung müsse noch erarbeitet werden. Der Landkreis kann bei Problemen kontaktiert werden und würde sich dann mit dem ASB in Verbindung setzen.

TOP 5 – Wohnungen Geflüchtete (Café Zuflucht)

Auf die Frage, ob durch den Landkreis keine Wohnungen mehr angemietet werden bzw. wie es sich mit dem Anmieten von Wohnungen für Asylsuchende in Zukunft verhält, erläutert Frau Ehrhardt, dass der Landkreis im Moment 70 Wohnungen angemietet, dies aber personell nicht aufrecht zu erhalten sei. Ein besonderes Problem im Zusammenhang mit dem Anmieten von Wohnungen ist der

Rechtskreiswechsel vom AsylbLG zum SGB II. Hier bleibt momentan der Landkreis weiterhin Vermieter obgleich die Mieten vom Jobcenter übernommen werden, sobald die Asylsuchenden in die SGB II Bezug kommen. In Zukunft sollen Wohnungen nur noch dann angemietet werden, wenn Vermieter dazu bereit sind, bei Übergang in den SGB II Bezug der Mieterinnen und Mieter einen direkten Vertrag mit diesen abzuschließen.

Ziel sei es, dass zunächst alle Asylsuchenden in Neu Tramm untergebracht werden.

EINSCHUB – Asylberatung

Es wird nachgefragt, ob es auch in Neu Tramm eine Asylberatung für die Bewohnerinnen und Bewohner gibt, die zu Rechtsfragen berät und auf Anhörungen etc. vorbereitet. Mitarbeiterinnen der Migrationsberatung Bleiben merken an, dass sie diese Beratungen evtl. nicht leisten könnten.

Die Zuweisungsquote sei jedoch unabhängig von der Öffnung von Neu Tramm als Unterkunft gleich hoch geblieben und die Zuschüsse des Landes somit auf die Anzahl der Zugewiesenen abgestimmt.

Es wird gefragt, ob die Sprechstunde für Migrantinnen und Migranten in Gartow, die momentan durch das DRK angeboten wird, durch den ASB angeboten werden wird. Es gäbe dort einen hohen Bedarf, die Sprechstunde würde gut angenommen werden.

Nachtrag zum Protokoll: Die Sprechstunden bleiben zunächst so wie gehabt bestehen und werden ggf. angepasst. Hier würden dann aber alle informiert werden.

TOP 6 – Berufsbegleitende Sprachkurse (Netzwerk Asyl)

Die KVHS berichtet, dass alle Kapazitäten bezüglich der vom BAMF ausgeschriebenen Sprachkurse aufgebraucht seien. Weder seien Lehrkräfte mit der notwendigen Qualifizierung zu finden, noch Räumlichkeiten. Kurse, wie sie vom BAMF gefördert werden, haben darüber hinaus den Nachteil, dass sie nach einiger Zeit von den Teilnehmenden nicht mehr besucht werden – sie laufen über 100 Unterrichtsstunden, finden idR jedoch ausschließlich an ein bis zwei Stunden in der Woche statt.

Von der KVHS werden jedoch Erstorientierungskurse und insbesondere auch Bildungsurlaube angeboten. Letztere wenden sich bewusst an Berufstätige.

<https://www.allesbildung.de/programm?kathaupt=1&katid=6&katname=Deutsch%20als%20Fremdsprache&katvaterid=1&cHash=241715127ebd4462b26216fb1d47cd56>

Die Kurse werden regelmäßig beworben, jedoch kaum in Anspruch genommen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Situation mit den Sprachkursen im Widerspruch zu dem vom Jobcenter gestarteten Programm „Job Turbo“ stünde, welches Menschen mit Migrationshintergrund schneller in Arbeit bringen möchte.

TOP 7 – Schutzkonzept (Landkreis)

Frau Ehrhardt berichtet, dass das Gewaltschutzkonzept am 14.11.23 im Sozialausschuss vorgestellt wurde. Es sei im Konjunktiv gehalten, da nicht absehbar ist, ob weitere Objekte angemietet werden müssen, bzw. welche Objekte in der Zukunft angemietet werden können und inwiefern diese – auch in Abhängigkeit von der Zustimmung der Vermieter – dem Schutzkonzept angepasst werden können. Selbstverständlich werden jedoch auch in Zukunft alleinreisende Männer und Frauen nicht gegen ihren Willen gemeinsam in einem Zimmer untergebracht. Der ASB sieht vor, Unterkunftssprecherinnen und Unterkunftssprecher aus der Mitte der Bewohnerinnen und Bewohner wählen zu lassen. Die Steuerungsgruppe könne durch andere Akteure ergänzt werden, für Vorschläge ist der Landkreis offen.

Sport und andere Angebote für eine Tagesstruktur sind vom ASB geplant. MTV Dannenberg konnte bereits als Kooperationspartner für Sportangebote gewonnen werden.

TOP 8 – Verschiedenes

Auf Nachfrage, welche Aufgabe der Runde Tisch Migration habe, wird betont, dass dieser zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch und zur Informationsweitergabe genutzt werden kann und soll. Dabei ginge es auch darum Probleme aus mehreren Perspektiven zu erläutern und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Obgleich der Runde Tisch kein politisches Gremium sei, werden die Vorschläge in andere Gremien weitergetragen.

Auf die Frage, ob es möglich sei, dass der Landkreis seine Schreiben mit Google oder einem anderen Programm übersetze, wird erwidert, dass dies einerseits aus Zeitgründen nicht umsetzbar sei und es sich andererseits um Unterlagen mit Rechtskraft handle, die nicht automatisch übersetzt werden könnten.

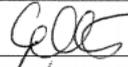
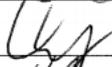
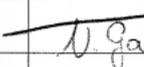
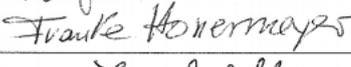
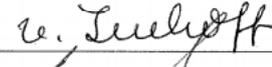
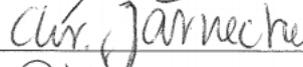
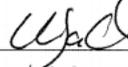
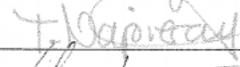
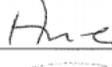
Barschecks können von Berechtigten sowohl in den Samtgemeinden als auch direkt beim Landkreis abgeholt werden. Dazu ist eine kurze, formlose Absprache mit den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern notwendig.

Neuer Termin: Der nächste Termin soll nach Ostern stattfinden, zu diesem wird der ASB eingeladen. Es werden rechtzeitig drei Terminvorschläge zur Abstimmung verschickt.

Gez. Kühn

Teilnehmerliste

zur Besprechung vom: 05.02.24 Anlass: Runder Tisch Migration

Teilnehmer (Name, Vorname)	Unterschrift
Ehrhardt, Stephanie	
Kunitz, Hendrik	
Bade, Heike	
Baur, Florian	
Jean Gadoel	
Tugue Volring	
Galuschka, Nele	
Honermeyer, Franke	
re. Tuelhoff, Susanne	
BERG, HARTMUT	
Järnecke, Christian	
Botha, Rabea	
Schwartz, Daniel	
BAEH, MIRIAM	
Hobkugel, Derak	
Napieray, Tessa	
Buchanan, Stefan	
Mahran Al Aboodi	
Christel Hue	
Klaus Zimmermann	
SCHERMULY, SIMON	
Kuhn, Katrin	